

Frank Gundel
BIBS Fraktionsvorsitzender
im Rat der Stadt Braunschweig
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

0531/ 470-2181
info@bibs-fraktion.de

Braunschweig, 09. Juli 2008

Pressemitteilung

Finanz- und Zeitmanagement im Rat: Mangelhaft!

Die gestrige Ratssitzung war eine Zumutung für Bürgerinnen und Bürger, Ratsmitglieder und die inhaltlich fundierte Diskussion von wichtigen Themen. Über 10 Stunden tagte der Rat bis 00.15 Uhr. Dafür ist der Oberbürgermeister verantwortlich zu machen. Zusätzliche 90 Minuten pflanzte er mit seinem „Schlossantrag“ und der Verlesung des BS|ENERGY-Briefes drauf. Unverantwortlich vor dem Hintergrund einer bereits 60 Tagesordnungspunkte (die Unterpunkte mit einberechnet!) umfassenden Agenda.

Vergleichbare Städte unserer Größe tagen monatlich, womit ausreichende Zeiten für Diskussionen vorhanden sind und die Tagesordnungen ein überschaubares Maß haben. „Debatten sind wichtig, denn hier findet die politische Auseinandersetzung und damit auch das Wesen unserer Demokratie statt“ so BIBS-Fraktionsvorsitzender Frank Gundel. „Wir werden uns mit den anderen Fraktionen zukünftig abstimmen und weitere Sitzungen beantragen – dafür sind 1/3, also 18 Stimmen, notwendig“, so Gundel weiter.

Die geschlossene Ablehnung der Opposition des zusätzlichen Tagesordnungspunktes „Braunschweiger Residenzschloss“ war nicht nur aufgrund des fehlenden Zeitmanagements sondern auch vor dem Hintergrund der eigentlichen Intension richtig. Ursprünglich wollte die Opposition im Rat über die Quadriga-schenkung entscheiden! Die vom Oberbürgermeister gewünschte Generaldebatte als Zwischenbilanz wird nun auf der nächsten Ratssitzung folgen.

Die später zum Thema Bohlweg geführte Debatte zeigte die Wunschträume des Oberbürgermeisters: Bohlweg zum Boulevard hochstylen! Allein städtebauliche Gestaltungsvorgaben können einen Boulevard nicht zum Leben bringen. Es bedarf schon auch des entsprechenden Publikums und der dazugehörigen Geschäfte, damit das nach seinen Vorstellungen gewünschte Ambiente entsteht. Frank Gundel bezweifelt, dass die Kaufkraft in unserer Region hochwertige Geschäfte auf den Bohlweg zieht, nachdem diese bis heute Mangelware im Einkaufsschloss sind. „Das Engagement vom Bohlweg muss auch an anderen Stellen der Stadt erfolgen! Grundsätzlich gilt für die BIBS-Fraktion: So viel Reglementierung wie nötig! Nicht soviel Reglementierung wie möglich!“ fordert Heidi Wanzelius ein.

Generell fällt bei der Mehrheitsgruppe die Unausgewogenheit beim Geldausgeben auf. Für Imageprojekte wie Quadriga, Fassadenaufwertung, Fitnessbereiche etc. wird das Stadtsäckel gern geöffnet. Für notwendige soziale Maßnah-

men oder gar nur Prüfaufträge (Stichwort abgelehnter Prüfauftrag Schulesen, abgelehnter Antrag Sozialpass) wird kategorisch abgelehnt.

CDU und SPD sind sofort bereit, zusätzliche Gelder in den Bau des Freizeit- und Erlebnisbades zu stecken, um ein zusätzliches Fitnesscenter zu bauen und vorbereitende Maßnahmen für eine Eislaufbahn zu ermöglichen. BIBS-Ratsherr Peter Rosenbaum hegt kaufmännische Zweifel an der kalkulativen Grundlage der Verwaltungsvorlage: „Die Werte seien grob geschätzt. Mehrkosten für den Fitnessbereich sind zu erwarten und durch den Ratsbeschluss nicht begrenzt. Mit Erträgen aus zukünftigen Mieteinnahmen könne angesichts der hohen anfänglichen Investitionen nicht rechnen.“

Auf das Gesprächsangebot der InitiatorInnen des Bürgerbegehrens gehen CDU und SPD nicht ein und sehen hier auch keine finanziellen Handlungsspielräume mehr. Wie formulierte Klaus Winter es passend für die SPD: „Wir nehmen die mit, die mitgenommen werden wollen.“ Übersetzt heißt das wohl: wer unseren Kurs nicht will, hat Pech gehabt.

Die erst nach 23.00h beginnende Diskussion zur Braunschweiger Betroffenheit zum Atommüllendlager Asse II kostete die letzten Energiereserven. BIBS und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderten in einem gemeinsamen Antrag ein klares Engagement des Rates ein, aus seiner Fürsorgepflicht für die Bürgerinnen und Bürger heraus alles zu tun, um die Folgen des Endlagers so gering wie möglich zu halten. Keine Flutung des Endlagers Asse II ist dabei Bedingung. Dieser Antrag wurde von der Opposition geschlossen unterstützt, von der CDU/FDP Mehrheit aber abgelehnt.

Als schwacher Kompromiss ist der von CDU/FDP in letzter Minute zur Ratsabstimmung gestellte und angenommene Antrag zu werten, der sich der Annahme einer Entschließung des Niedersächsischen Landtags (Drucksache 16/294) verpflichtet. Die Entschließung fordert lediglich, das Schließungskonzept zur Asse II zu optimieren und alle Optionen zum Umgang mit dem radioaktiven Abfall zu untersuchen. „Insgesamt sind wir froh, dass die potentiellen Gefahren von Asse II fraktionsübergreifend erkannt wurden“, so BIBS-Ratsherr Peter Rosenbaum.

Weitere Informationen unter www.bibs-fraktion.de